



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/230 - 10. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Sachlich nicht begründet ? Von Heinz Kühn, MdB Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik	70
3 - 4	Rechtsopposition in Wöten Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	62
5 - 6	Nur Angst vor Wasser ? Bonn und Tel Aviv	58
6 - 7	Werden Schuldige gedeckt ? SS-Offiziere in der Kriminalpolizei	44

* * * *
* * *

Sachlich nicht begründet ?

Von Heinz Kühn, MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Kulturpolitik und Publizistik

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik, Dr. Heck, hat als Rundfunkexperte seiner Partei im Pressedienst der CDU einen Artikel veröffentlicht, der eine Anti-Kritik der Kritik der Opposition gegen den Schröder-Gesetzentwurf darstellen soll. Seine Hauptthesen sind:

1. "Alles, was diesen Gesetzentwurf von den bestehenden Ländergesetzen unterscheidet, kann nur dazu angetan sein, die Möglichkeiten des parteipolitischen Kuhhandels für die neu zu schaffenden Anstalten auszuschalten." Das ist falsch: Denn der in der Auswahl seiner Mitarbeiter und in der Gestaltung des Programms völlig "unabhängige" Intendant wird von einem Gremium - wenn auch auf dem Umwege über die Einschaltung des Bundespräsidenten Lübke - bestimmt, von dessen 15 Mitgliedern 10 von Ministern ernannt werden. Seit wann sind Minister parteipolitische Eunuken?

2. "Die Unterstellung der Opposition, die Regierung wolle sich hier ein Instrument zur Manipulierung der öffentlichen Meinung machen, findet im Gesetz nicht in einem Punkt eine Stütze." Das ist keine Unterstellung, sondern im Gesetz versteckte und von Befürwortern des Gesetzes offene Absicht. Der Gesetzestext, der viele Nebensächlichkeiten perfektionistisch zu beantworten versucht, schweigt zu einer entscheidenden Hauptsache: dem politischen Senderecht der Regierung in kontroversen Fragen der politischen Auseinandersetzung. Das aber ist etwas anderes als das in § 8 behandelte Recht der "amtlichen Verlautbarungen" der Regierung und das in § 9 behandelte Senderecht der Parteien. Hier verläßt sich der Gesetzentwurf offensichtlich auf die von der Regierung beherrschte Zusammensetzung der Aufsichtsorgane der Bundesanstalten.

Was sich aber die Befürworter des Gesetzentwurfs vorstellen, hat der CDU-Abg. Kroll in "Rheinischen Merkur" geschrieben und das Bundespresse- und Informationsamt bekräftigt, als es den von dem gleichen Abgeordneten von dem Piedestal der "moralischen Aufrüstung" gestarteten Angriff gegen das Chruschtschow-Portrait des Deutschen Fernsehens im

Sachlich nicht begründet ?

Von Heinz Kühn, MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Kulturpolitik und Publizistik

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik, Dr. Heck, hat als Rundfunkexperte seiner Partei im Pressedienst der CDU einen Artikel veröffentlicht, der eine Anti-Kritik der Kritik der Opposition gegen den Schröder-Gesetzentwurf darstellen soll. Seine Hauptthesen sind:

1. "Alles, was diesen Gesetzentwurf von den bestehenden Ländergesetzen unterscheidet, kann nur dazu angetan sein, die Möglichkeiten des parteipolitischen Kuhnhandels für die neu zu schaffenden Anstalten auszuschalten." Das ist falsch: Denn der in der Auswahl seiner Mitarbeiter und in der Gestaltung des Programms völlig "unabhängige" Intendant wird von einem Gremium - wenn auch auf dem Umwege über die Einschaltung des Bundespräsidenten Lübke - bestimmt, von dessen 15 Mitgliedern 10 von Ministern ernannt werden. Seit wann sind Minister parteipolitische Eunuchen?

2. "Die Unterstellung der Opposition, die Regierung wolle sich hier ein Instrument zur Manipulierung der öffentlichen Meinung machen, findet im Gesetz nicht in einem Punkt eine Stütze." Das ist keine Unterstellung, sondern im Gesetz versteckte und von Befürwortern des Gesetzes offenbarte Absicht. Der Gesetzestext, der viele Nebensächlichkeiten perfektionistisch zu beantworten versucht, schweigt zu einer entscheidenden Hauptsache: dem politischen Senderecht der Regierung in kontroversen Fragen der politischen Auseinandersetzung. Das aber ist etwas anderes als das in § 8 behandelte Recht der "amtlichen Verlautbarungen" der Regierung und das im § 9 behandelte Senderecht der Parteien. Hier verläßt sich der Gesetzentwurf offensichtlich auf die von der Regierung beherrschte Zusammensetzung der Aufsichtsorgane der Bundesanstalten.

Was sich aber die Befürworter des Gesetzentwurfs vorstellen, hat der CDU-Abg. Kroll im "Rheinischen Merkur" geschrieben und das Bundespresse- und Informationsamt bekräftigt, als es den von dem gleichen Abgeordneten von dem Piedestal der "moralischen Aufrüstung" gestarteten Angriff gegen das Chruschtschow-Portrait des Deutschen Fernsehens im

regierungsoffiziellen "Bulletin" abdruckte: "Objektivität und Information sind in einem solchen Fall billige Ausreden von Leuten, die schon in das Fangnetz der anderen Ideologie geraten sind." Damit wurde nicht nur ein sogar der Regierungsauffassung nahestehender Journalist diffamiert, sondern Objektivität und Information als Prinzip der Programmgestaltung geleugnet, was wohl mehr der "Aufrüstung" als der "Moral" entspricht. Dies ist nur ein Beispiel unter anderen.

Gesetzgebungsabsichten verbergen sich oft in der Fülle der Paragraphen und dem Wortreichtum der Begründung wie ein Polyp in einer Tintenwolke. Man muß die auch anderenorts geäußerten Absichten beachten, um zu erkennen, daß Gesetze nicht nur, wie Schiller meinte, "glatt und geschmeidig, wandelbar wie Laune und Leidenschaft", sondern wandelbar wie Regierungsabsichten sein können. Das erkennt man bei einem weiteren Punkt der Anti-Kritik Hecks:

3. "Geradezu grotesk ist die Behauptung, der im Gesetz vorgesehene Finanzierungsausgleich ermögliche es der Bundesregierung, die Programmgestaltung und Informationsarbeit der neu zu schaffenden Bundesanstalten wie der bestehenden Länderanstalten an die Kette der Regierung zu legen." Das ist nicht grotesk, sondern durchaus richtig, wenn man seine Aufmerksamkeit nicht nur auf die der zentralen Ausgleichskasse verbleibende finanzielle "Manövriermasse" richtet - von übrigens etwa 8 und nicht nur 6 Millionen DM, bei der Tendenz mit zunehmender Zuschauerzahl spürbar anzuwachsen -, sondern vielmehr auf den § 56 des Entwurfs, der der Regierungsmehrheit im Bundestag alle drei Jahre die Aufgabe der Überprüfung der "Zweckmäßigkeit der Verteilung" der Gelder, vor allem zwischen Anstalten des Landesrechts und des Bundesrechts, zuweist und damit die Möglichkeit schafft, Begünstigungen oder Benachteiligungen finanzieller Art als politisches Manipulierungsinstrument zu benutzen.

Der Artikel Dr. Hecks, dies soll hier nicht übersehen werden, läßt manches ernste Fragezeichen und einige Skepsis gegenüber dem Gesetzentwurf der Regierung erkennen. Ohne Zweifel gibt es auch in der CDU Kräfte, die ebenso wie die SPD um eine faire und demokratische Ordnung des Rundfunks bemüht sind. Es wird auch von der Opposition nicht behauptet, daß "Grals Hüter der Demokratie und demokratische Freibeuter" an den Fraktionsbarrikaden einander gegenüberstünden. Aber wenn sie sich in der Regierungsfraktion gegen die antidemokratischen Machtspekulationen durchsetzen wollen, dürfen sie sich nicht darauf beschränken, "an dem Entwurf zu feilen". Da nutzt keine Feile, sondern allein der Spaten, um dem Gesetzentwurf ein tiefes Grab des Vergessens zu bereiten.

Rechtsopposition in Nöten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Verhaftung des poujadistischen Ex-Abgeordneten Jean Berthommier, der an der belgischen Grenze mit einer Bombe in der Hand ertappt wurde, ist eine schwere Belastung für die gesamte rechtsradikale Bewegung Frankreichs, deren Komplote jetzt gestört sind. Die rechtsbürgerliche Presse, die lange Zeit mit den Maiputschisten sympathisierte, grenzt sich nun von den Extremisten ab. Selbst die rechtsstehende Pariser Morgenzeitung "Aurore" verlangt für die poujadistischen "Gegenterroristen" ebenso scharfe Massnahmen, wie gegen die algerischen "Terroristen".

Die Rechtsopposition gegen de Gaulles neue Algerienpolitik kommt nicht zum Durchbruch. Die Hoffnung, einen neuen Putsch zu inszenieren, scheiterte bis jetzt an der neutralen Haltung der Armee, die in Algier sogar dazu übergegangen ist, in faschistischen Kreisen Haussuchungen durchzuführen. "Le Monde" behauptet sogar, ein Flugzeug stehe bereit, um die "aktivistischen" Rädelsführer gegebenenfalls nach Frankreich zu verbringen. Ähnlich wurde seinerzeit auch in Tunesien verfahren.

Auch der Versuch einer "parlamentarischen Rechtsopposition" ist bis jetzt gescheitert. Gewisse, die Mehrheit der französischen Parlamentsabgeordneten, Rechtsunabhängige, UNR und "Algerier", hat in der letzten Session, gegen den Willen der Regierung und durch Überrumpelung des gaullistischen Parlamentsvorsitzenden, eine Entschliessung für die "Integration" Algeriens angenommen. Aber das ist schon lange her. De Gaulle sollte damals vor ein "fait accompli" gestellt werden.

Der Staatspräsident hat nur seinerseits die Parlamentarier - und auch die Regierung - vor ein "fait accompli" gestellt, als er am 16. September die "Integration" endgültig und vor aller Welt über

Bord warf und das Selbstbestimmungsrecht Algeriens verkündete. Die Parlamentarier konnten diese Proklamation durch den Rundfunk zur Kenntnis nehmen, die Minister wurden unmittelbar vorher informiert.

Premierminister Debré, seit vielen Jahren ein bekannter Verfechter des Integrationsgedankens, hat sich seither kaum geäußert, es besteht aber kein Zweifel darüber, dass er de Gaulles Wendung deckt. Und die Parlamentsmehrheit? Sie ist in grösster Verlegenheit. Sie könnte wohl durch ein Misstrauensvotum die Regierung Debré stürzen, würde aber damit nur die Auflösung der Kammer und Neuwahlen provozieren, die unvermeidlich einen Linksruck zur Folge hätten, was schon durch die Gemeinderats- und Senatswahlen bewiesen wurde. Die Massenpresse und die offizielle Meinungsforschung sind fleissig am Werke, um jetzt nachzuweisen, dass die grosse Mehrheit der Franzosen für de Gaulles Selbstbestimmungsplan ist.

Die rechtsbürgerliche und rechtsgaullistische Parlamentsmehrheit gibt deshalb schon deutliche Zeichen der Kapitulation und muss sich deshalb von den rechtsradikalen Verbänden die bittersten Vorwürfe des "Verrates" machen lassen. Doch auch die sogenannte "RAF", die neue "Sammelbewegung für Französisch-Algerien" ist in Not. Das ZK der gaullistischen Regierungspartei hat ihren Abgeordneten verboten, der "RAF" beizutreten. Biaggi, UMR-Abgeordneter und Ex-Chef einer faschistischen Gruppe, musste klein beigeben und sich von der "RAF" wieder zurückziehen.

Erbittert über diesen Misserfolg, haben die integrationistischen Abgeordneten der "Algerier" beschlossen, der Parlamentsdebatte fernzubleiben. Debré kann es jetzt sogar wagen, von sich aus die Vertrauensfrage zu stellen und zwar, wohlgerne, über die allgemeine Politik einschliesslich der Algerienfrage, nicht aber über die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auf diese Weise kann er nämlich mit den Stimmen der früheren "Systemparteien" (SFIO, Radikale und katholische Volkrepublikaner) rechnen, die de Gaulles Algerienwendung begrüßen, die Finanzpolitik aber ablehnen. Der Abfall bestimmter rechtsbürgerlicher Abgeordneter würde also durch einen Zuwachs auf der "linken" Seite der Kammer wettgemacht.

Nur Angst vor Nasser ?

KvK. Über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel wird schon jahrelang ein neckisches Blümchen-Orakel in Bonn praktiziert: Sollen wir, - sollen wir ein wenig - von Herzen- mit Schmerzen - oder gar nicht? Bis heute hat man schon ganze Blumensträuße zerzupft und ist immer noch zu keinem Entschluss gekommen.

Während man im Abbruch der Beziehungen zwischen Belgrad und Bonn durchaus nicht zimperlich war, weil Jugoslawien ein wenig mit Pankow flirtete, will man Nasser nicht auf den Fuss treten durch eine diplomatische Wiedergutmachung mit Israel. Statt dass die Bundesregierung dankbar die Hand ergreift, die Israel - trotz der Vergangenheit - bereit ist zu geben, zögert man noch immer in der Köblenzer Strasse und schaut dabei g'schamig nach Kairo, wo man aber durchaus nicht so sensibel ist, wie man sich gegenüber Nasser zeigen möchte ...

Die "Jedi oth Hayom", die in Tel Aviv erscheinende offiziöse Zeitung, tritt erkeut für den Austausch von Botschaftern zwischen der Bundesrepublik und Israel ein und kritisiert die zaudernde Haltung der Bundesregierung. Ihren Einwand wegen Nasser lässt sie nicht gelten, führt ihn ad absurdum und fährt fort:

"Vorläufig brauchen die Araber Deutschland dringender als die Deutschen die Araber benötigen. Die Araber haben den Deutschen mit totalem Boykott gedreht, wenn sie es wagen sollten, das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel zu unterzeichnen. Das Abkommen wurde unterzeichnet und die Araber liessen von einem Boykott nichts mehr vernehmen. Die deutsche Wirtschaft profitiert sowohl vom Geschäft mit den Arabern, als auch von den Wiedergutmachungsleistungen. Mit der Eröffnung eines sowjetischen Generalkonsulats in Kairo ist eine neue Situation entstanden. Was liegt näher, als darauf mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu antworten? - Es steht uns nicht zu, den Deutschen Ratschläge zu geben. Wir beabsichtigen auch nicht, die Deutschen um diplomatische Beziehungen anzuflehen. Sie dürften mindestens genau so daran interessiert sein wie wir selbst. Zweifellos besteht aber für die Bundesrepublik jetzt eine günstige Gelegenheit, wenn sie es mit den Beziehungen zu Israel so ernst nimmt, wie sie es immer behauptet ..."

So weit die "Jedi oth Hayom". Diese immerhin nicht von ungefähr kommende Empfehlung sollte eigentlich nicht nur in die Archive des Bundespresseamts und des Auswärtigen Amts eingeordnet werden, sondern erneut zu Überlegungen veranlassen, wann endlich ein normaler diplomatischer Verkehr zu Israel aufgenommen wird, auch wenn Nasser ein wenig Halsschmerzen bekommen sollte. In der warmen Sonne Ägyptens bessert sich so etwas schnell ...

Oder fürchtet man in Bonn ausser Nasser noch den CDU-Bundestagsabgeordneten Jakob Diehl-Leyen, der gleich Nasser so heftig den braunen Wallach gegen die Wiedergutmachung an Israel ritt und dem Bundesfinanzministerium seinerzeit den Staatsbankrott voraussagte wegen der Zahlungen an die Verfolgten des Nationalsozialismus? Vielleicht kann man sich im AA auch noch nicht auf einen geeigneten Botschafter einigen, den man kraft seines Könnens und seiner unbelasteten Vergangenheit Ben Gurion zu präsentieren in der Lage ist. Bestimmt braucht es kein Karriere-Diplomat zu sein. Seine Karriere muss der Mann - gerade auf diesem subtilen Posten - erst machen. Auch sollte es keiner sein, dem man auf diese Weise diesmal "eine Fahrkarte nach Palästine" kauft, um ihn abzuschieben.

Der Beste wäre gerade noch gut genug. Vor allem aber sollte man die Zeit nützen und die Zeichen, die sie gibt, auch verstehen.

+ + +

Werden Schuldige gedeckt?

s. - In Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Krefeld, Mönchen-Gladbach und Mülheim/Ruhr leiten ehemalige hohe SS-Führer die Kriminalpolizei. Der Leitende Kriminaldirektor im nordrhein-westfälischen Innenministerium, der für die Kriminalpolizei des größten Bundeslandes verantwortlich ist, war ebenfalls SS-Sturmabführer und arbeitete in Reichssicherheits-Hauptamt. Und was sagt der für die Personalpolitik dieser Polizei verantwortliche Mitarbeiter des CDU-Innenministers Dußhues dazu? Dieser Ministerialrat beklagte sich,

so berichtet die "Welt der Arbeit" aus Düsseldorf, in einem Gespräch mit Pressevertretern darüber, daß nur die Polizei von Nordrhein-Westfalen angegriffen werde. Dabei saßen heute zum Beispiel in Bundeskriminalamt und bei der Sicherungsgruppe Bonn ehemalige SS-Größen, die in Erschießungen und anderen Verbrechen verwickelt seien und um die sich niemand kümmere.

Niemand? Warum hat eigentlich dieser Ministerialrat, der doch offenbar Kenntnis von diesen Verbrechen hat, jene SS-Leute nicht schon längst der Gerechtigkeit übergeben? Wartet er darauf, daß die Erschossenen Anzeige erstatten? Diesen Ministerialrat sollte Innenminister Dufhues als ersten zur Verantwortung ziehen. Er ist wohl auch nicht der Richtige, um ehemaligen SS-Führern in seiner eigenen Behörde scharf auf die Finger zu sehen.

Das Problem der ehemaligen hohen SS-Führer in der Kriminalpolizei dürfte sich von allein lösen, da die meisten von ihnen heute etwa sechzig Jahre alt sind und daher ohnehin ihrer baldigen Pensionierung entgegensehen. Man kann auch nicht in Bausch und Bogen alle SS-Führer verurteilen. Innenminister Dufhues sagte, nach gründlicher Prüfung habe sich hinsichtlich der in Nordrhein-Westfalen wieder antizipierenden SS-Führer keine Beanstandung ergeben. Selbst sein Amtsvorgänger, der frühere SPD-Innenminister Biernath, habe allen in dieser Hinsicht belasteten Beamten eine Ehrenerklärung ausgestellt, mit der ihnen ein untadeliges dienstliches und privates Verhalten in der Vergangenheit und in der Gegenwart bestätigt wurde. Bestimmt wäre es besser gewesen, diese früheren SS-Führer nicht wieder auf so exponierten Posten zu verwenden, und man hätte darauf achten sollen, daß nicht in alle Großstädte Nordrhein-Westfalens ehemalige SS-Führer als leitende Kriminalbeamte einzogen. Die Gewerkschaft ÖTV, die jetzt verlangt, daß hier ein Wandel geschaffen wird, ist insofern in Recht.

Die schlechteste Figur in dieser Affaire hat aber bisher der Ministerialrat des Innenministers Dufhues gemacht. Soll man annehmen, daß auch Innenminister Dufhues nicht an der Bestrafung schuldiger SS-Schergen interessiert ist, oder wird er in absehbarer Zeit mitteilen, daß sich sein Ministerialrat eines Besseren besonnen und noch vor Ablauf der Strafverjährungsfrist Anzeige gegen die Schuldigen erstattet hat?

+ + +